



**M06**

# **Antrag**

## **37. Mitgliederversammlung des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt am 10. Juni 2020**

**Initiator\*innen:** SJD-Die Falken, fjp>media, DGB-Jugend, Landesjugendwerk der AWO (beschlossen am: 15.02.2020)

**Titel:** „Demokratie braucht Zivilgesellschaft“

### **Die Mitgliederversammlung möge beschließen:**

- 1 Die Mitglieder des Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. beschließen
- 2 das vorliegende Positionspapier: „Demokratie braucht Zivilgesellschaft“. Sie
- 3 beauftragen ferner den Vorstand damit, das Positionspapier zu veröffentlichen
- 4 und die darin enthaltenen Positionen und Forderungen anlassbezogen im
- 5 politischen Raum sowie in der Öffentlichkeit zu vertreten.

### **Begründung**

Die Debatten des letzten Jahres erschüttern uns und es ist wichtig, sich gemeinsam für den Erhalt der Zivilgesellschaft immer wieder zu positionieren.

### **ANLAGE (Positionspapier)**

#### **Demokratie braucht Zivilgesellschaft**

Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Bestandteil der Demokratie. Dafür stehen die Jugendverbände und der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. seit Jahren. „Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse selbst [sind] Organisationen der Zivilgesellschaft und damit Orte gelebter Demokratie, die als Gesamtheit der Jugendverbände von einer großen Wertepluralität bei gleichzeitig vorhandenem Kanon übergreifender Werte geprägt sind.“ (Vgl. DBJR – Impulse für eine starke Demokratie)

Damit Demokratie funktioniert, ist sie darauf angewiesen, Möglichkeiten der Mitbestimmung und Beteiligung attraktiv zu gestalten und ihre Bürger\*innen zu motivieren, diese zu nutzen. Diese Form der gesellschaftlichen und politischen Mitbestimmung funktioniert bei Jugendverbänden in Gruppenstunden, Seminaren, Vorstandswahlen, aber auch bei der Mitbestimmung in der politischen Ausrichtung des Verbandes. Darum ist die Meinungsäußerung von Zusammenschlüssen von Menschen in Vereinen, Verbänden, Bündnissen etc. essenzieller Teil einer außerparlamentarischen Meinungsbildung und darf nicht sanktioniert werden. Ohne die Chance zur Meinungsäußerung kann ein gesamtgesellschaftlicher Interessenausgleich nicht stattfinden.

In Jugendverbänden und Vereinen lernen junge Menschen, die eigene Meinung zu entdecken, zu akzeptieren und äußern zu können. Sie sind ein Zusammenschluss junger Menschen und können als Sprachrohr fungieren, um die Interessen junger Menschen weiterzutragen. Diese Interessen können in Form von Protesten, Positionspapieren, Kampagnen, Diskussionen und vielem mehr vertreten werden. Es ist die Aufgabe der politischen Entscheidungsträger\*innen, diese formulierten Interessen ernst zu nehmen und nicht zu verhindern.

Gerade nach Diskussionen zur Einschränkung der Abgabenordnung bezüglich der Gemeinnützigkeit in Hinsicht auf politische Meinungsäußerung und um eine „Wertneutralität“ in der Förderpolitik fordert der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. einen Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Demokratie.

Die Abgabenordnung sollte stets erlauben, sich aktiv in das politische Geschehen einzumischen - ohne die Angst vor der Gefährdung der Gemeinnützigkeit. Denn es ist wichtig, eine politische Meinung bei (jungen) Menschen im demokratischen Raum zu fordern und zu fördern.

Deshalb steht der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. solidarisch an der Seite der „Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ und setzt sich für eine Ausweitung des § 52 Absatz 2 der Abgabenordnung ein.

Für den Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. steht weiterhin fest – Jugendarbeit bleibt politisch!